



☆	Pflege in Vorarlberg	Seite 3
☆	Frauen in Tirol	Seite 5
☆	BBT: Linke tagte	Seite 7
☆	KSV-LiLi bei ÖH-Wahl	Seite 8

Frei nach Bert Brecht:

Wärst du nicht reich, wären wir nicht arm!

Armut steigt, nicht nur in der 3. Welt, sondern auch in ÖsterREICH!

Perfid ist die „Tiroler Armutsbekämpfung“. Die schlechte Einkommenssituation - bundesweit das niedrigste Lohnniveau und die höchsten Lebenshaltungskosten - ist allen bekannt. Die „Landesschwarzen“ verlangen dazu den unzähligen Studien eine weitere hinzufügen, die „Landesroten“ schieben den schwarzen Peter dem Bund zu.



„Habt ihr schon vom permanent steigenden Kaufkraftverlust, infolge einer kontinuierlichen monetären Kulmination - im Rahmen einer gleichbleibenden, begrenzten Geldmenge gehört? Dazu benötigte man allerdings entsprechende Volkswirtschaftler; sowie in Wien UND Brüssel die Bereitschaft von einer asozialen Hartwährungspolitik herunterzusteigen!“, so „robins“ Kommentar im Internet (www.imzoom.info).

ARMUT und REICHTUM

Die Ergebnisse der Helsinki „WIDER“- Studie, die das Verhältnis von Arm und Reich wiedergeben: 90% des weltweiten Reichtums (Netto-Haushaltsvermögen) befinden sich in Nordamerika, Europa und im asiatisch-pazifischen Raum (Japan, Australien). Auf Nordamerika, mit 6% der erwachsenen Weltbevölkerung, entfällt ein Drittel des Weltvermögens, auf Indien mit mehr als 15% der Erwachsenen weltweit hingegen nur knapp 1%.

Wer zur Topliga der Reichen dieser Welt gehören will, muss über ein Vermögen von mehr als 500 000 Dollar verfügen.

Diese Spitzengruppe umfasst im Jahr 2000 immerhin 37 Millionen Erwachsenen. Man schätzt heute, dass den obersten 10% gut 85% des Weltvermögens gehören. Wer sich zu dieser Gruppe rechnen darf, besitzt im Durchschnitt 40mal mehr als der Weltdurchschnittsbürger. In der unteren Hälfte dieser Pyramide muss sich die Hälfte der erwachsenen Weltbevölkerung hingegen mit gerade mal 1% des Weltvermögens begnügen.

Wo sind die Reichen und Superreichen zu finden? In den USA leben 37%, es folgt Japan mit 27%. Auf Brasilien, Indien, Russland, die Türkei und

Argentinien entfällt jeweils 1% der globalen Spitzengruppe, China hat schon 4,1 % der reichsten Weltbürger vorzuweisen. Nach der WIDER-Studie gab es 2000 bereits 13,5 Millionen Dollar-Millionäre weltweit und 499 Vermögens-Milliardäre. Inzwischen dürften er erheblich mehr sein.

www.glbtirol.info



glb@glbtirol.info

KPÖ ONLINE

tirol.kpoe.at
kpoe.tirol@gmx.at

KPÖ-Zentral

www.kpoe.at

Einkaufen rund um die Uhr?

GLB gegen die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten!



Die großen Lebensmittel-Handelskonzerne haben eine neue Marktnische entdeckt. Immer öfter werden auch FAIRTRADE-Produkte gelistet. Zur Erklärung: Bei diesen Waren sollen internationale Umwelt- und Sozialstandards eingehalten und höhere Einkommen durch faire Rohstoffpreise erzielt werden.

FAIRTRADE-Produkte sind mit einem Logo gekennzeichnet. Für die Arbeitsbedingungen ihrer eigenen Beschäftigten würden die meisten Handelsbetriebe kein FAIRTRADE-Logo kassieren. Tausende Handelsangestellte, überwiegend weiblich, müssen sich mit einem Teilzeitjob mit schlechter Bezahlung und extrem flexiblen Arbeitszeiten zufrieden geben. Die wenigen, manchmal sogar KV-überbezahlten Vollzeit-arbeitsplätze bleiben meist Männern der „zweiten und dritten Führungsebene“ (Filialinspektor, Marktleiter, Abteilungsleiter etc.) vorbehalten.

Teilzeitarbeit im Handel mag zwar in der Theorie verlockend klingen, doch Arbeit am Abend und am Wochenende erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auch sind oft kurzfristig angeordnete Mehrstunden zu leisten. Fast unmöglich ist es, aus der Teilzeitarbeit auch wieder rauszukommen und auf Vollzeit zu wechseln.

Die Teilzeitarbeit ist für viele nicht freiwillig: 155.000 teilzeitbeschäftigte Frauen würden laut einer SORA-Studie

gerne länger oder Vollzeit arbeiten, wenn es mit der Kinderbetreuung klappen würde. 255.000 teilzeitbeschäftigte Frauen und Männer sehen Teilzeit nur als Not- oder Übergangslösung, die Hälfte will wieder länger oder überhaupt Vollzeit arbeiten. Die Chancen dafür beurteilen sie selbst aber für schlecht ein.

Während sich seit Jahren die Wochenarbeitszeiten für die Teilzeitbeschäftigten im Handel ständig verringern (waren es früher noch 30 - Wochenstunden sind es heute vorwiegend 20 und weniger), haben sich im gleichen Zeitraum die Ladenöffnungszeiten ausgedehnt. Innerhalb des Rahmens von Montag 5 Uhr bis Samstag 18 Uhr können die Landeshauptleute die täglichen Öffnungszeiten festsetzen (bei keiner Regelung, gilt von Montag bis Freitag zwischen 5 und 21 Uhr und Samstag von 5 bis 18 Uhr), 66 Wochenstunden dürfen jedoch nicht überschritten werden. Unter bestimmten Umständen können die Landeshauptleute die Wochenöffnungszeit auf 72 Stunden anheben.

Etliche Landeshauptleute haben sich die Freiheit herausgenommen, bei den 66 Wochenstunden zu bleiben, bsw. auch das Tourismusland Tirol. Ein Dorn im Auge der Handelsriesen, ein Dorn im

Auge des Wirtschaftsministers Bartenstein. Er machte sich daher bei den Koalitionsverhandlungen für die 72-Stunden-Regelung ohne Einflussnahme der Landeshauptleute stark. Diese wird jetzt im Eilzugstempo von der SPÖVP-Regierung - in nicht einmal 100 Tagen der Koalition schon in der Begutachtung - umgesetzt. Interessant dazu, die Tiroler Landtag (ÖVP besitzt absolute Mehrheit) hat daraufhin einstimmig gegen die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen.

„In den Chefetagen wird bereits über den Einkauf rund um die Uhr nachgedacht. Unsere Anliegen sind dabei den Bossen vollkommen wurscht, Hauptsache der Umsatz und natürlich der Profit stimmt“, so Roswitha H. (Interpar Spar Sillpark). Dass dieses Szenario nicht so weit hergeholt ist, zeigt, dass den „Ganz Großen“ selbst die 72 Stunden Ladenöffnungszeit zuwenig sind und der österreichische Handelsverband zu Jahresbeginn eine BürgerInneninitiative für ein Offenhalten der Geschäfte von Montag bis Samstag zwischen 6.00 und 22.00 Uhr, also 96 Wochenstunden, gestartet hat.

Aus Wien wiederum wird der Ruf nach einigen geöffneten Sonntagen immer lauter.

Auch der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) wurde zu den Ladenöffnungszeiten aktiv. Rund um den Frauentag hat er eine Petition an den Nationalrat gestartet - mit dem Ziel, jede Ausweitung der Öffnungszeiten zu verhindern. Der Wortlaut der Petition: „Die ohnehin schon weit reichenden Möglichkeiten, Geschäfte aufzusperren, sollen nach den Vorstellungen mancher Gruppen und Handelsketten erweitert werden - besonders betroffen davon sind die im Handel Beschäftigten. Die vorhandenen Geschäftsöffnungszeiten

sind aber vollkommen ausreichend. Die Unterzeichneten richten gemäß Art. 11 StGG an den Nationalrat folgende Petition: Wir verlangen, dass sich die Abgeordneten des österreichischen Nationalrates gegen jede

Ausweitung der Geschäftsöffnungszeiten aussprechen.“
Formulare können unter www.glb.at heruntergeladen werden oder beim Gewerkschaftlichen Linksblock, 6020 Innsbruck, Gumpfstraße 36 angefordert werden.



www.imZoom

Wir berichten was kommerzielle Medien oft verschweigen

info

(Bezahlte Anzeige)

Kritik an Hausbetreuungsgesetz für 24-Stunden-Pflege

Auf wenig Gegenliebe stößt bei der Arbeiterkammer Vorarlberg das in Begutachtung befindliche Hausbetreuungsgesetz, mit dem die rot-schwarze Regierung die 24-Stunden-Betreuung von pflegebedürftigen Personen arbeitsrechtlich legalisieren will.

Laut AK-Direktor Rainer Keckeis ist eine ordentliche Betreuung und Pflege für bedürftige Menschen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Dafür aber im Gegenzug die Löhne und Arbeitsbedingungen der Betreuungspersonen zu verschlechtern, ist der falsche Weg.

Unverständlich ist für die Vorarlberger Arbeiterkammer auch die Tatsache, dass es für 24-Stunden-Dienste keinerlei Pflegekenntnisse bedarf, obwohl im Gesetz selbst dieser Dienst nur für Personen ab der Pflegestufe 3 bzw. bei Demenzerkrankungen auch ab der Stufe 1 erlaubt ist. Immerhin müssen die Betreuungspersonen bei der Körperpflege und Hygiene, bei der Einnahme von Medikamenten und Mahlzeiten Hilfestellung leisten und sollten auch rechtzeitig erkennen können, wann ein Arzt oder eine ausgebildete Pflegekraft beigezogen werden muss.

Finanzierung völlig unklar

Keckeis weist darauf hin, dass mit dem neuen Gesetz bei einer echten 24-Stunden-Betreuung drei Personen angestellt werden müssen. Wer das bezahlen soll, darüber schweigt sich die Regierung aus. Die Arbeiterkammer befürchtet jedenfalls eine Fülle von Rechtsverfahren und Streitigkeiten aus derartigen Betreuungsverhältnissen, egal ob sie als unselbstständige oder

selbstständige Tätigkeit erbracht werden. Zudem ist die angestrebte Ausnahme aus der Arbeitszeitrichtlinie der EU für jene Personen, die ein Arbeitsverhältnis zu einer sozialen Trägerorganisation haben, europarechtlich bedenklich und dürfte einer Überprüfung vor dem EuGH nicht standhalten.

Für die Vorarlberger Arbeiterkammer ist nicht nachvollziehbar, wieso sich die Politik weigert, über ein solidarisches Finanzierungsmodell sicherzustellen, dass betreu-

Zu den Schlagworten Rassismus, Faschismus und Neonazis hört mensch oft, ein Schlussstrich gezogen werden, weil sich Österreich und Vorarlberg im Speziellen ja nie was zu Schulden kommen ließ.

Die Fragen sind: Warum verschließt man in Vorarlberg die Augen, dass dieses Bundesland übermäßig viele Neonazis hervorbringt? Warum gibt es eine auffallend weit verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber neonazistischen Gewalttaten? Ist die Gleichgültigkeit, pointiert ausgedrückt, nichts anderes als Parteilichkeit mit dem Täter? Aktuell zeigt sich das zum Beispiel daran, dass 56% der ÖsterreicherInnen die neonazistischen Wehrsportübungen des FPÖ-Vorsitzenden als "Jugendssünde" abtun.

Oder herrscht Gleichgültigkeit vor und werden Neonazis nicht wirklich beachtet, weil sie sich nicht sonderlich von einem Großteil der Vorarlberger Gesellschaft unterscheiden? Wer-



ungs- und pflegebedürftige Personen eine qualitativ hoch stehende Versorgung zu leistbaren Konditionen erhalten. Der jetzige Versuch, die Betreuungsleistung über eine komplizierte Rechtskonstruk-

tion zu ermöglichen, steht in krassem Widerspruch zu den Versprechungen vor der Wahl, dass eine sozial verträgliche Lösung des Pflege- und Betreuungsnotstandes in Österreich angestrebt wird.

Einfach zum Nachdenken



te wie Ordnung, Fleiß, Disziplin und Stolz auf die Heimat gelten auch dem Durchschnitts-Vorarlberger als erstrebenswert. Diese Gemeinsamkeit der Werte ergibt dann meist auch die gleichen Feindbilder, Ausländer, Linke, Schwule und Lesben. Wobei es wohl die größte Übereinstimmung beim Rassismus vorzugsweise gegen Türken gibt. Zwar würde man im Gegensatz zu Neonazis nie selbst Hand

anlegen, dafür aber verbal hetzen.

Doch auch der Antisemitismus hat in Vorarlberg das Ende des Nationalsozialismus gut überstanden, zwar nicht so offen wie noch vor 1945, aber in modifizierter Weise. Antisemitische Codes sind weit verbreitet. Angefangen bei den Trinkritualen, die zu verstehen geben, dass es sich hier um einen judenfreien Tisch handle, über die Bezeichnung eines zu teuren Geschäftes oder einer unsauberen Stelle in der Wand als "Jud".

Über die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft

Privatisierung gefährdet Stromversorgung



Das Bundesgesetz vom 26. März 1947 organisierte die öffentliche Stromversorgung neu bzw. erstmalig Österreichweit und definierte die Aufgaben der Landesgesellschaften, der Sondergesellschaften und der Verbundgesellschaft. Aufgabe der Landesgesellschaften war es die allgemeine Versorgung (Endverbraucher) herzustellen (§3, (1)) und jene der Verbundgesellschaft für den momentanen und vorausschauend den zukünftigen Ausgleich zwischen Stromerzeugung und Verbrauch über die Sondergesellschaften (§4) zu sorgen (§5. (4) bzw. nach der Novellierung 1987. *DI Michael Linser*

Der elektrische Strom muss unmittelbar mit dem Verbrauch hergestellt werden, denn er hat nun einmal die Schnelligkeit eines Blitzes (im allgemeinen wirtschaftlichen Sprachgebrauch würde man sagen, dass die Lagerfähigkeit des Stromes im Sekundenbereich liegt). Um dieser Unmittelbarkeit zwischen Produktion und Konsumation folgen zu können, wurden zwei Strategien im zweiten Verstaatlichungsgesetz vorgesehen. Zum einen sollte durch eine möglichst umfassende Vernetzung der Produktionen mit den Verbrauchern ein statistischer Ausgleich erfolgen, und zum anderen sollten die Produktion und der Transport (die vernetzten elektrischen Leitungen) von einer Hand geregelt werden (Verbundgesellschaft).

Zum technischen Verständnis ein Vergleich: Verbraucher von Wasser beziehen das Wasser meist über Rohrleitungen. Wenn man mehr verbraucht als zu rinnt, so sinkt der Druck in der Leitung bis sie leer ist. Daher legt man bei Wasserversorgungen, bei denen, über lange Zeit gesehen, der Zufluss den Verbrauch deckt, ein Reservoir an, das so groß ist, dass man kurzfristig mehr verbrauchen

kann als zurinnt. Der Druck sinkt dadurch nur sehr geringfügig. Je größer die Schwankungen zwischen Verbrauch und Zufluss sind, um so größer muss das Reservoir sein. Um den Druck möglichst konstant zu halten, ist ein möglichst großer Wasserspiegel (ein See) nötig.

Beim Strom ist es ähnlich. Den Schwankungen des Druckes im Wasserleitungssystem entsprechen die Spannungs- und Frequenzschwankungen im Stromnetz. Elektrische Geräte sind so ausgelegt, dass sie optimal bzw. überhaupt nur in einem engen Spannungs- und Frequenzbereich funktionieren. Da Strom noch nicht großtechnisch direkt gespeichert werden kann, muss neben der statistischen Verteilung über verschiedenen Produktionsmöglichkeiten (als Zuflusssteuerung, z. B. mit hydraulischen Pumpspeicherkraftwerken) dem Verbrauch nachgefahren werden. Je größer das Netz um so geringer wirken die momentanen Schwankungen bei Abweichungen zwischen Produktion und Verbrauch aus.

Da die Produktion, das Transportnetz und der Verbrauch unmittelbar und sehr

schnell zusammenhängen und untereinander Rückwirkungen haben, ist es sinnvoll die Regelung dieser Wirtschaft (E-Wirtschaft) in einer Hand zu lassen. Daher sind die österreichischen Nutzer von elektrischem Strom lange Zeit mit diesem Gesetz gut gefahren.

Die EU-Liberalisierung verlangt die Trennung von Produktion und Netz und die Marktöffnung dieser bislang von meist gemeinwirtschaftlich betriebenen Anlagen und Versorgungszuständen. Daher musste als Antwort auf die Marktöffnung ein gesetzlicher „Ausgleich für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Allgemeininteresse (geschaffen werden) ...“, die sich auf die Sicherheit, einschließlich der Versorgungssicherheit, die Regelmäßigkeit, die Qualität und den Preis der Lieferungen sowie auf den Umweltschutz beziehen“ (§3, Abs. 4 des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes-EIWOG 1998).

Da die elektr. Energieversorgung wegen der bisherigen Zuverlässigkeit ein volkswirtschaftlich wichtiger Faktor für das Funktionieren wirtschaftlicher Prozesse im Allgemei-

nen geworden ist, wird diese Zuverlässigkeit hoch bewertet. Gleichzeitig versuchen Marktfeetischisten über Marktmechanismen diese allgemeine Abhängigkeit zu reduzieren in dem sie zu den verbrauchs- und produktionsbedingter (z.B. bei Windkraftwerken) Unsicherheiten noch solche aus dem Markt zusätzlich in die Elektrizitätswirtschaft einzubauen versuchen. In Europa, zeigt sich, dass in diesem Spannungsfeld die großen Elektrizitätsunternehmen die notwendige Zuverlässigkeit herstellen, wenn sie dabei ihre Netze und Versorgungsgebiete erweitern können. So könnte es bald wieder nur mehr einige (diesmal aber kapitalistische) Monopolisten geben.

Das 2. Verstaatlichungsgesetz bietet in Österreich die Gewähr, dass die gemeinwirtschaftlichen Interessen durch das gesellschaftliche Eigentum weiterhin im Vordergrund der Elektrizitätswirtschaft stehen.

Ein Hoch auf Karl Altmann, der die österreichweite Einführung einer neuen Technologie weitsichtig durch Sozialisation (Verstaatlichung) gelöst hat, deren Prinzipien heute noch wirken.

Reaktionäres Dreigestirn gegen Frauenrechte

Wehren wir UNS!

Ob die Bischöfe Scheuer oder Laun in Österreich oder ihr Kollege Mixa in Deutschland, alle drei mischen sich in Dinge ein, von denen sie nichts verstehen und die ihnen auch nichts angehen. Allen Dreien ist ein reaktionäres Frauenbild eigen, das vielleicht ins Mittelalter passte, aber nicht in unsere Zeit. Rosmarie Thümminger



Während Scheuer den Frauen das selbstbestimmte Recht auf ihren Körper absprechen will, indem er die alte Keule vom Schutz des ungeborenen Lebens schwingt, ziehen die zwei Anderen gegen das Recht auf Berufsarbeit für Mütter und somit gegen jegliche Selbstständigkeit von Müttern her.

Auf der einen Seite jammern diese Leute über die geringe Geburtenrate und malen das Schreckgespenst einer veralteten Gesellschaft, gleichzeitig provozieren sie durch ihre Politik den Gebärstreik der Frauen.

Denn überall, wo es den

Frauen leichter gemacht wird, Berufstätigkeit mit Mutterschaft zu verbinden, dort wünschen sich die Frauen Kinder und wagen es auch, sich diese Wünsche zu erfüllen. Das war in der DDR mit ihren guten und ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten so, wo 90 Prozenste der Frauen im Produktionsprozess integriert waren, und im Durchschnitt 1,9 Kinder bekamen - bei kostenloser Pille und kostenloser Abtreibung bis zum dritten Monat der Schwangerschaft.

In der alten BRD waren nur 40 Prozent der Frauen berufstätig, trotzdem war die Gebur-

tenrate niedriger, nämlich 1,3.

Aber wir brauchen gar nicht in die Vergangenheit zurückzuschauen, daselbe Phänomen zeigt sich auch im heutigen Europa. In jenen Ländern, wo es Ganztagskindergärten, Ganztagschulen und genügend Krippen gibt, wie z. B. in Dänemark, Schweden oder Frankreich, ist die Geburtenrate ungleich höher als in Österreich, wo nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus ideologischer Kurzsichtigkeit heraus von konservativer Seite her alles getan wird, um den Frauen die Berufstätigkeit so schwer als möglich zu machen.

Daran ändert auch eine diesbezügliche, von manchen Medien als revolutionär gefeierte Aussage Bartensteins nichts, der in Wirklichkeit nichts anderes will, als eine Betreuung der Kinder gegen teure Bezahlung, und der die falsche Behauptung aufstellt, für Kinder bis zum 6. Lebensjahr gäbe es genügend Betreuungsmöglichkeiten. Da solle er einmal die Öffnungszeiten der Kindergärten in Tirol anschauen.

Und was tut die SPÖ? Sie beugt sich dem Druck, sie manövriert herum, sie redet sich mit Koalitionszwängen und ähnlichem heraus.

Die KPÖ fordert, dass der Bund ein Schwerpunktprogramm für den Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten startet, dessen Finanzierung durch eine höhere Besteuerung von Konzernen und Großkapital ermöglicht werden kann.

Blumen sind zu wenig

Der Frauentag ist vorbei, der Muttertag steht vor der Tür, die Blumenläden profitieren von beiden – und was haben die Frauen davon?

Viel ist passiert, seit Clara Zetkin Forderung nach einem jährlichen Internationalen Frauentag bei der II. Intern. Konferenz Sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen. Damals kämpften die Frauen um das Frauenwahlrecht, um gleichen Lohn und gleiche Chancen in Bildung und Beruf und um den Recht auf den eigenen Körper.

Schauen wir uns um, sehen wir etliche Frauen in Politik und Wirtschaft an vorderen Stellen, was gut ist und hilfreich, aber noch lange keine Lösung für die anderen Frauen, die unterbezahlt und unter schlechtesten Bedingungen arbeiten müssen. Das Frauenwahlrecht ist seit 1918 in Österreich durchgesetzt, nur - MigrantInnen dürfen noch immer nicht wählen.

Die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist auch heute noch ein Dauer-

brenner, wobei die Entwicklung der letzten Jahre in die entgegengesetzte Richtung läuft. Die Schere geht weiter auseinander, obwohl in Österreich niemals zuvor eine besser ausgebildete Frauengeneration gelebt hat.

Die Fristenlösung wurde unter großem Druck von linken und autonomen Frauen vor 32 Jahren Gesetz, das heißt, eine Schwangerschaftsunterbrechung bleibt innerhalb der ersten drei Monate straffrei, doch immer noch werden Frauen, die dieses Recht in Anspruch nehmen, als Mörderinnen beschimpft und immer noch wird der Schutz des ungeborenen Lebens vor dem geborenen Frauenleben gestellt.

Auch der Kanzler nun Schüssel oder Gusenbauer heißt, den Frauen bläst der neoliberale Zeitgeist scharf ins Gesicht. Deshalb, ob Frauentag oder Muttertag, sind Blumen und schöne Worte zu wenig. Wenn wir mehr wollen, und das wollen wir, müssen wir uns selbst darum kümmern, wie es die Frauen aller Generationen vor uns machen mussten.

Rosmarie Thümminger

Termine

1. Mai 2007 - 12.00
Bündnisdemonstration in Innsbruck, Abmarsch vom Rappoldipark

10. Mai 2007 - 9.00
Infostand vor Kaufhaus Sillpark, Innsbruck

10. Mai 2007 - 18.00 und 13. Juni 2007 - 18.00 Uhr
Mitgliederversammlung in Innsbruck, Gumpstr. 36

13. Juni 2007 - 8.00 Uhr
Infostand vor der Gebietskrankenkasse, Ecke Sillgasse/Klara-Pölt-Weg

Lehrjahre sind keine Herrenjahre?

GLB: „Jugendliche fördern statt Unternehmen zu subventionieren!“



Nur, Lehrstellen sind Mangelware, in allen Branchen, außer dem Gastgewerbe, ist das Angebot weitaus geringer, als die Nachfrage. Das Auswahlverfahren hat sich verschärft – wird bei dem Übertritt in eine höhere Bildungsanstalt (Gym, HAK,...) ein hervorragendes Zeugnis erwartet, so werden bei der dualen Berufsausbildung überdies ein Aufnahmetest, bzw. bei einigen Handelsbetrieben sogenannte Lehrlings-Castings verlangt.

Zukünftige KöchInnen, KellnerInnen und GastgewerbeassistentInnen können sich zwar über eine „leicht erworbene“ Lehrstelle freuen. Die Freude wehrt aber nur kurz, die Tourismusbranche ist mit schwarzen Schafen übersät. AK-Präsident Dinkhauser nennt sie „Schmarotzerbranche“. Ein Wattener Haubenlokal bsw. sagt seinen „Schnupperlehrlingen“ einen Ausbildungsplatz zu, um aber gleich einzuschränken: „Wir stellen heuer fünf Lehrlinge ein und am Ende der Probezeit werden nur zwei behalten.“ Die erste Lektion der Jugendlichen von moderner Leistungs- und Ellbogengesellschaft. Perspektive für Jugendliche? Damit kann Unter-

nehmer keinen Profit machen.

Oder, Lehrlinge werden oft als billige Hilfskräfte missbraucht. Übertretungen der gesetzlichen Bestimmungen sind im Gastgewerbe mehr Tagesordnung als Ausnahmefall. Das Paradebeispiel liefert Starkoch Toni Mörwald. Er meinte „vor Wut kochen“ zu müssen, weil es ihm nicht erlaubt sei, seine Lehrlinge 12 bis 15 Stunden arbeiten zu lassen.

Subventionsbetrug der Unternehmen

Für jene die keine Lehrstelle finden bleibt das JASG (Jugend-Ausbildungs-Sicherungsgesetz). Dieses sichert mehr die Subventionen (Blum-Bonus) für Unternehmen als die Förderung von Lehrlingen. Zahlreiche Betriebe warten bis September, Oktober zu, um ihre „Regelausbildungsplätze“ zu besetzen. So kassieren sie den „Bonus“ auch für Lehrlinge, die sie ohnehin eingestellt hätten. Die ÖGJ hat erhoben, dass mit Stichtag Ende Mai 2006 es 3.743 zusätzliche Lehrplätze gab, aber die Blum-Förderung für 11.422 Lehrstellen ausgeschüttet wurde.

Das neue rot-schwarze Regierung setzt dort fort, wo

Alle Jahre wieder: Schulschluss - tausende Hauptschulabgänger drängen in eine Berufsausbildung, sprich Lehrstelle. Positiv, denn eine Untersuchung des AMS besagt, dass Jugendliche mit einem Lehrabschluss bessere Jobchancen haben, also solche ohne.

Josef Stingl

schwarz-blau-orange geendet hat. Das Modell, Unternehmen zu subventionieren, die Lehrlinge anstellen soll verlängert werden. Der Blum-Bonus ist gestaffelt: am meisten erhält ein Unternehmen im ersten Lehrjahr. Um effizienter beim öffentlichen Fördertopf zugreifen zu können, will die neue Regierung die „wechselseitige Kündigungsmöglichkeit am Ende des ersten und zweiten Lehrjahres“ schaffen. Klar, dass viele Unternehmen die Lehrlinge gerade dann kündi-



gen werden, wenn sich die Förderung halbiert, nämlich nach dem ersten Lehrjahr. Aber dafür hat die Regierung vorgesorgt, denn dann soll es eine „Aufnahmegarantie für den Lehrling in die Erstausbildungsangebote“ geben. Sprich: aus der Lehre direkt in die JASG-Maßnahme.

Die Lehrlingsentschädigung, die die Unternehmen dank großzügiger Förderungen ohnehin nur mehr zu einem geringen Teil selbst zahlen müssen, reicht zum Überleben nicht aus. Die junge ÖVP fordert nun ein kollektivver-

tragliche Mindestlehrlingsentschädigung von 400 Euro im ersten Lehrjahr. Zum Vergleich, die unter ÖVP-Bundeskanzler geschaffenen Lehrlinge in JASG-Maßnahmen erhalten rund 150 Euro im 1. Lehrjahr.

Nötige Änderungen

Um der Misere der Berufsausbildung wirksam entgegen zu wirken sieht der GLB als Sofortmaßnahme eine Ausbildungsverpflichtung, derzufolge alle Unternehmen in einem bestimmten Prozentsatz der Beschäftigten Lehrlinge ausbilden müssen, für notwendig. Für Betriebe die sich von ihrer dieser Ausbildungsverpflichtung drücken, müssen gemessen an ihrer Wertschöpfung - eine Abgabe zur Finanzierung von Maßnahmen betrieblicher oder überbetrieblicher Berufsausbildung (z.B. Lehrwerkstätten) beitragen.

Außerdem wird es immer dringlicher, eine grundlegende Reform der Berufsausbildung durch Schaffung von Grund- und Flächenberufen verbunden mit einer gründlichen Entrümpelung der Lehrberufsliste sowie Eingliederung der Berufsausbildung in das allgemeine Bildungswesen mit Abschaffung der derzeitigen Sackgassen, anzugehen. Es kann nicht akzeptiert werden, wenn Jugendlichen durch das Profitdenken mangels Fehlen einer geeigneten Ausbildung die Perspektive für ihr ganzes Leben geraubt wird.

Brenner Basis Tunnel:

Europäische Linke tagte in Bozen

Die Transitlewne auf der Brennerautobahn steigt von Jahr zu Jahr. Dagegen gesetzt wird von allen Seiten der Brenner-Basis-Tunnel als Non-plus-Ultra der Problemlösung. Die Europäischen Linksparteien aus Bayern, Österreich und Italien haben sich bei einer Tagung in Bozen dazu verständigt.

Am 3. März 2007 haben sich Vertreter der Partito della Rifondazione Comunista (Ugo Boghetta, Verantwortlicher/Sprecher für Verkehrspolitik des PRC und Tommaso Iori, PRC Trient), den Südtiroler Grünen (Riccardo Dello Sbarba, Präsident des Südtiroler Landtages), Die Linke.PDS (Sepp Obermeier, Bayern) und der KPÖ-Tirol (Josef Stingl) der öffentlichen Diskussion zum Bau oder Nichtbau des Brenner-Basis-Tunnel gestellt.

Es herrschte Einigkeit, dass bei einer genauen Kosten-Nutzen-Rechnung der BBT nicht die Ideallösung für die Verkehrsprobleme in Bayern, Tirol, Südtirol und dem Trentino ist. Da seien einerseits die nicht vorhersehbaren Umweltfolgen des Brennerstiches und andererseits die weitgehendst ungeklärte der Finanzierung dieses Monsterprojektes.

„Das BBT-Projekt ist eine Verschleuderung von ökonomischer und ökologischer Ressourcen, die fast ausschließlich den Säckeln der Baulobby dienlich ist“, so der KPÖ-Vertreter Stingl: „Sie ist es, die den Nutzen aus den enormen Planungs- und in späterer Folge Baukosten zieht. Die Bevölkerung dagegen darf mit ihren Steuern das Projekt bezahlen, weiterhin mit der steigenden Transit-Verkehrslawine (der Bau ist ja frühestens 2020 fertiggestellt) auf der Brenner-Autobahn leben und nach dem Bau mit den Umweltfolgen auskommen müssen.“

Josef Stingl erklärte in diesem Zusammenhang, dass die österreichischen KommunistInnen natürlich weiterhin für die Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene eintreten, aber dafür bedürfe es nicht unbedingt des BBT, da man den Transit auf Tirols Straßen nicht Eins zu Eins auf die Brenner-Bahnstrecke umlegen könne.

„Was meine ich damit“, so der KPÖler wörtlich: „Derzeit nehmen Europas Frächter für den Transit auf der Straße Umwege von bis zu 300 km über München in Kauf, um den rigiden Schweizern Mautbestimmungen aus dem Weg zu fahren. Bei einer Verlagerung auf die Schiene müssten die Umwege nicht mehr gefahren werden. Hier gibt es eine Verbindung von Frankfurt über Ulm, der Schweiz durch den St. Gotthard-Tunnel nach Mailand und Genua. Die zweite Bahnstrecke ist die bekannte Brennerstrecke von München über Innsbruck, Bozen nach Verona und die Dritte von München über Salzburg, Villach nach Triest. Und all diese Strecken sind derzeit bei weitem nicht hundertprozentig ausgelastet.“

Daher sieht der KPÖ-Sprecher für die Lösung des Transitproblems Bayerns, Tirols, Südtirols und des Trentios drei Maßnahmen für notwendig an:

„1. Ein verkehrs- und gesundheitspolitisches Handeln durch politische Eingriff-



fein in das derzeitige Transitaufkommen. Durch Kostenwahrheit bei der Straße mittels Mautsystemen bei denen alle tatsächlich anfallenden Kosten (Umweltfolge-, Unfallfolge-, Sanierungs- und Gesundheitskosten) den Frächtern auferlegt werden, sowie die Regulierung, welche Waren auf der Straße transportiert werden dürfen und welche auf der Schiene transportiert werden müssen.

2. Das Geld, dass für den BBT geplant ist, für die Stär-

kung der bestehenden Bahnstrecken in den Süden und zum zusätzlichen Bau von Infrastruktur für Güterverladestationen zu nutzen.

3. Als Alternative zum BBT, für die zusätzliche Stärkung der Routen in den Süden, die Idee der Studie der Verkehrsplaner Rössler und Vieröck - der Fernpass-Reschenbahn - aufzugreifen. Auch hier wäre natürlich ein Basistunnel notwendig, allerdings in einer geologisch weitaus geringer sensiblen Region, was weitaus Kosten bedeutet.“

Ein Schritt vor, zwei zurück

Verkehrte Welt: Uns droht ein Klimawandel. Und was passiert in Österreich und Tirol? Tempo 100 wird wieder zurück genommen. Der Transit brettert ungehindert durchs Land, 20.000 Lkw MEHR im Jänner über den Brenner, Waren werden nach wie vor hin- und hergekartt. Dem Götzen Wirtschaft wird jede Vernunft geopfert.

Der Kyoto-Vertrag wird hierzulande um 1/3 überzogen. Treibhausgase gibts scheinbar nur im Ausland, wo geholfen wird, - aber nur wegen der sogenannten Emissionszertifikate, die man ganz legal zukaufen kann. Schon seit geraumer Zeit existieren einsehbar Studien über die gesundheitlichen Folgen von Emissionen.

Egal, wir stellen uns auf alles Mögliche ein und um: auf die Erhöhung der Asthma-, Bronchitis- und Krebsrate. „Nebenbei“ wird unser Klima hübsch verändert, - und das nicht erst seit heute-. Auch unser kleines Land trägt dazu bei. Wenn das nicht kontraproduktiv und saudumm ist. An dieser Stelle sei auf ein altes indianisches Sprichwort verwiesen:

Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.

Sylvia Dürr

In eigener Sache

„**TIVOLI** - Tirol-Vorarlberg-Links“ ist die Fortsetzung der langjährigen KPÖ-Zeitung „Inn-brucker Rundschau (IR)“ an.

Ein neuer Titel war notwendig, da wir uns mit unseren GenossInnen aus dem Ländle verständigt haben, dass wir in Zukunft enger zusammenrücken und gemeinsam die Zeitung gestalten und vertreiben werden.

Wir hoffen, dass uns alle treuen LeserInnen der „IR“ erhalten bleiben und zahlreiche neue gewonnen werden können.

Ein ganz besonderer Dank gehört jenen, die uns immer wieder mit ihren Spenden unterstützen und uns erst so das Projekt „**TIVOLI**“ ermöglicht haben.

Zeitungsmachen kostet Geld. Spenden sind daher gern gesehen: KPÖ, Kennwort **TIVOLI**, BAWAG, Kto.Nr. 68710-504-630, BLZ: 14.000

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: KPÖ-Tirol, Gumpstr. 36, 6020 Ibk

KSV-LiLi kandidiert in Innsbruck bei der ÖH-Wahl



Bereits am ersten Tag der Einreichmöglichkeit, hat der Kommunistische StudentInnenverband - Linke Liste (KSV-LiLi) die Kandidatur mit den notwendigen Unterstützungen bei der Wahlbehörde eingereicht.

Spitzenkandidat des „KSV - LiLi“ ist in Innsbruck Florian Birngruber, gefolgt von der „Seniorenstudentin“ Monika Himsl und Roland Steixner. Bundesweit stellt der „KSV -LiLi“ die Studiengebühren, die Bildungsbeschränkungen und die Bildungsökonomisierung zur Diskussion: „Wir wollen ein Bildungssystem ohne jegliche Barrieren, jenseits von Eliten(re)produktion und Marktcompatibilität. Wissen nur für Manche schafft Hierarchien. Und der studierende Alleingang Lethargie und Langeweile. Wir wollen widersprechen und vernetzen, selbst bestimmen und Freiräume gestalten!“

In Innsbruck prangert der KSV die „Privatisierung“ der Studienrichtungen auf ihrer Uni an: „Während auf der Universität Innsbruck Studienrichtungen abgeschafft werden und Lehrpersonal abgebaut wird, schießen Stiftungsprofessuren aus dem Boden. Eine davon ist die Professur für Europäische Sicherheitspolitik von Alexander Siedschlag. Offenbar hat das Ver-

Gegen Imperialismus und Sozialabbau



BÜNDNIS-DEMO
Treffpunkt
Innsbruck
Rapoldipark
11.30 Uhr

Gemeinsam kämpfen für soziale Gerechtigkeit

teidigungsministerium zu viel Geld übrig, sodass es sich eine Professur die Propaganda für den Kauf der Eurofighter und für höhere Militärausgaben leisten kann. Die Tatsache, das Siedschlags Profes-

sor auch durch die EADS sponsert wird, macht sich in seinen politischen Statements durchaus bemerkbar, wie aus seinem einem Interview im Standard (21.11.2006) ersichtlich wird.“

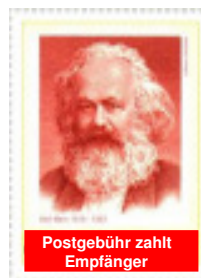
Name:

Adresse:

PLZ, Ort:

email:

- regelmäßige Zusendung der KPÖ-Zeitung **TIVOLI**
- ein Gespräch mit einer/m FunktionärIn der KPÖ
- eine Probenummer der „Volksstimmen“
- eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“



KPÖ-Tirol

**Gumpstraße 36
6020 Innsbruck**

Adressfeld